

Ein Pakt für Deutschland nach der Pandemie

Keine Steuererhöhungen, Deckelung der Sozialabgaben, Aufgabe der Schuldenbremse für die nächsten Jahre und eine Grundgesetzänderung – das ist der Plan für die Zeit nach Corona von **Helge Braun**.



Helge Braun ist seit März 2018 Chef des Bundeskanzleramts. Der 48-jährige Arzt ist auch CDU-Bundestagsabgeordneter aus Gießen.

imago images/photothek [M]

Mit dem Beginn der Impfungen gibt es Licht am Ende des Tunnels der Corona-Pandemie. Lieferverzögerungen bei den Impfstoffen und neue Virusmutanten sorgen zwar für neue Unsicherheiten. Aber nach wie vor können wir optimistisch sein, dass mit dem Impffortschritt in diesem Jahr die Pandemie schrittweise ihren Schrecken verliert. Und dass die Normalisierung unseres Alltags sowie die Rückkehr zu einem Leben ohne pandemiebedingte Einschränkungen möglich sind.

Deshalb ist auch jetzt der richtige Zeitpunkt, dass Politik und Tarifpartner eine gemeinsame Strategie entwickeln, wie Deutschland sich wirtschaftlich schnell und nachhaltig von dieser Krise erholen kann.

Denn auch diese Krise wird Gewinner und Verlierer unter den Volkswirtschaften hervorbringen. Ausgerechnet China, das Ursprungsland der Pandemie, erreichte im Jahr 2020 als einzige große Wirtschaftsnation weltweit ein Wachstum seines Bruttoinlandsprodukts – um immerhin 2,3 Prozent.

Damit Deutschland an den wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre anknüpfen kann, ist es wesentlich, die verlässlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen fortzuschreiben. Dazu gehört der Verzicht auf Steuererhöhungen genauso wie die Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge bei höchstens 40 Prozent des Bruttolohns. Dies ist angesichts der enorm hohen Belastungen der Sozialkassen in der Corona-Pandemie nicht einfach umzusetzen. Insbesondere die hohen Aufwendungen für das Kurzarbeitergeld haben die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung aufgezehrt, und die Belastung der Krankenversicherungen ist in einer Pandemie naturgemäß extrem hoch.

Viele Menschen werden auch bei der Bewältigung der längerfristigen Folgen der Pandemie der Hilfe unserer Sicherungssysteme bedürfen. Die Bundesregierung setzt derzeit die „Sozialgarantie 2021“ um, durch die bis Ende des Jahres 2021 die Sozialbeiträge aus Steuermitteln stabilisiert werden. Dieser Zeithorizont ist für eine nachhaltige Erholung der deutschen Wirtschaft zu kurz. Um eine schnelle Erholung und einen verlässlichen Rahmen für Investitionen zu haben, ist es sinnvoll, die Sozialabgaben bis Ende 2023 zu stabilisieren und auch auf Steuererhöhungen zu verzichten. Das muss das klare Signal an

die deutsche Wirtschaft und die Verbraucher sein.

Sollte eine solche strategische Entscheidung zur wirtschaftlichen Erholung getroffen werden, ist das mit erheblichen Belastungen für den Bundeshaushalt verbunden. Konkret: Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgaben- disziplin nicht einzuhalten. Das ist angesichts der Erfahrungen mit der europäischen Staatsschuldenkrise und der finanziellen Folgen der Pandemie in den Staatshaushalten in Europa keine leichte Entscheidung.

Wenn man die Entscheidung im Ergebnis jedoch so trifft, bleibt eines ganz wesentlich für die finanzielle Solidität in Deutschland: Diese Abweichung von der Schuldenregel sollte auf keinen Fall in den kommenden Jahren durch jährliche Einzelfallentscheidungen nach Artikel 115 des Grundgesetzes legitimiert werden. Das öffnet das Tor zur dauerhaften Aufweichung der Schuldenregel. Es bleibt völlig unklar, wie lange die Pandemie ein begründender Umstand sein kann, und damit fehlt ein Mechanismus, der verlässlich die Rückkehr zur Schuldenregel und mittelfristig auch zur „Schwarzen Null“-Neuverschuldung des Bundes ebnet.

Deshalb ist es sinnvoll, eine Erholungsstrategie für die Wirtschaft in Deutschland mit einer Grundgesetzänderung zu verbinden, die begrenzt für die kommenden Jahre einen verlässlichen degressiven Korridor für die Neuverschuldung vorsieht und ein klares Datum für die Rückkehr zur Einhaltung der Schuldenregel vorschreibt. Eine stabile Schuldenregel ist für Deutschland unabdingbar und eine Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen.

Gerade in dieser Krise hat sie sich bewährt, weil sie die Grundlage dafür gelegt hat, dass Deutschland in der Pandemie finanziell handlungsfähig war. Sie ist auch wichtig wegen unserer Vorbildfunktion in Europa, damit unsere gemeinsame Währung ihre Stabilität durch Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien bewahrt.

Neben Steuern und Lohnnebenkosten muss eine Erholungsstrategie für die Wirtschaft in den kommenden Jahren auch die Energiepreise betrachten. Deutschland befindet sich mitten in der Transformation zu einer CO₂-neutralen

Wirtschaft auf der Grundlage von erneuerbarem Strom und Wasserstoff. Um diese drängende Transformation erfolgreich zu gestalten, bedarf es in den nächsten Jahren enormer Investitionen der Wirtschaft. Unsicherheiten oder falsche Preissignale bei den Stromkosten wären dabei ein großes Hemmnis. Deshalb muss der Pfad der Absenkung der EEG-Umlage mit dem Ziel stabiler oder besser noch sinkender Strompreise weiter fortgesetzt werden.

Neben diesen allgemeinen Voraussetzungen für eine verlässliche Erholungsperspektive unserer Volkswirtschaft muss eine entsprechende Strategie auch die öffentlichen Investitionen beinhalten. Dabei geht es weniger um zusätzliche Mittel als um die Beseitigung des Umsetzungsrückstaus durch beschleunigte Planungen. Nachdem der EuGH vor fast zwei Wochen festgestellt hat, dass mindestens für einen gewissen Anwendungsbereich die materielle Präklusion als wichtiges Element der Planungsbeschleunigung nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist, ist deshalb eine Post-Corona-Planungsbeschleunigungsagenda nicht nur national, sondern auch europäisch notwendig und darüber hinaus auch auf Ebene der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE).

Für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg ist ein höherer deutscher Anteil an der digitalen Wertschöpfung unerlässlich. Auch bei klassischen Industriegütern wird der Anteil digitaler Innovationen an der zukünftigen Wertschöpfung einen stetig zunehmenden Anteil gewinnen. Die Pandemie hat bereits zusätzliche Digitalisierungsimpulse gesetzt. Die gemeinsamen Anstrengungen von Staat und Wirtschaft etwa in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, IT-Sicherheitstechnologien und Kommunikationstechnologie müssen zu Technologieführerschaft ausgebaut werden.

Für den Erfolg der digitalen Wirtschaft in Deutschland ist die zentrale Herausforderung die Erleichterung datengetriebener Geschäftsmodelle im Einklang mit unseren nationalen und europäischen Regeln zur persönlichen Souveränität und des Datenschutzes. Dazu wird die Bundesregierung in Kürze mit der Datenstrategie einen grundlegenden Beitrag leisten, der dann zügig umgesetzt werden muss. Damit Deutschland am Ende – nach allem, was die Pandemie uns genommen hat – stark aus der Krise herauskommt.

”

Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgaben- disziplin nicht einzuhalten.

Helge Braun
Kanzleramtsminister